

GRAZER Stadtblatt SPEZIAL

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
RM 22A043254 E



Informationsblatt der steirischen KPÖ. Herausgegeben von der KPÖ Graz und dem KPÖ-Gemeinderatsklub
Österreichische Post AG • RM 22A043254 E • VI. 8020 Graz

DEMONSTRATION IN GRAZ AM FREITAG, 14. OKTOBER

Gemeinsam gegen Teuerungen!

Unter dem Motto „Preise runter, Löhne rauf!“ ruft die KPÖ Steiermark zur Demonstration am Freitag, dem 14. Oktober, für weitreichende Maßnahmen gegen die Teuerungskrise auf. Treffpunkt ist ab 16 Uhr am Vorplatz des Grazer Hauptbahnhofs.

Die KPÖ lädt alle Organisationen, Initiativen und Menschen, die sich für sozialen Fortschritt einsetzen, ein, gemeinsam ein starkes Zeichen zu setzen.

„Tagtäglich merke ich in Gesprächen, dass die Teuerung immer mehr Menschen zusetzt – auch vielen, die sich bislang keine Sorgen gemacht haben“, erklärt die Grazer KPÖ-Obfrau Elke Kahr die Beweggründe, am 14. Oktober auf die Straße zu gehen. In der Stadt Graz versucht die KPÖ, mit vielen Maßnahmen gegenzusteuern. Aber die Gemeinden können nicht alles auffangen, was die Bundesregierung unterlässt.

Preise runter!

„Am wichtigsten ist: Niemand darf im Winter Heizung, Strom und die Wohnung verlieren“, so Kahr. Darum soll gemeinsam mit den Grazerinnen und Grazern ein deutliches Zeichen gesetzt werden. „Die Bundes-



regierung kann und muss die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu leistbaren Preisen sicherstellen“, erklärt Kahr. Gesetzliche Obergrenzen bei lebensnotwendigen Gütern, Energiepreisen und Mieten

sind für die KPÖ nicht nur ein taugliches Instrument, sondern ein Gebot der Stunde. Es ist in Österreich geltendes Recht, dass „volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise bestimmt werden“ können.

Löhne rauf!

„Wenn die Preise massiv erhöht werden, müssen auch die Löhne, Gehälter und Pensionen entsprechend steigen, sonst geht sich die Rechnung am Ende des Monats bei den Menschen nicht mehr aus. Darum ist es wichtig, dass wir gemeinsam für reale Lohnerhöhungen und weitreichende Maßnahmen gegen die Teuerung auf die Straße gehen. Setzen wir am 14. Oktober ein starkes Zeichen: Rauf mit den Löhnen und runter mit den Preisen! Das Leben muss leistbar bleiben!“, ergänzt Claudia Klimt-Weithaler, Vorsitzende der KPÖ Steiermark.

FREITAG, 14. OKTOBER: DEMONSTRATION IN GRAZ

- ★ Lohnerhöhungen über der Inflationsrate der letzten drei Monate
- ★ Amtliche Preisregulierung für Grundnahrungsmittel, Haushaltsenergie und Treibstoffe
- ★ Wohnen darf nicht arm machen: Fixe Mietpreisobergrenzen und Indexierung der Wohnunterstützung
- ★ Steuer auf Übergewinne von Energieunternehmen
- ★ Daseinsvorsorge muss in öffentliche Hand und darf nicht Profitmaximierung dienen



Gegen Teuerung bei Mieten, Energie und täglichem Einkauf:

»Druck von unten nötig«

Eine Teuerungswelle hat Österreich und Europa erfasst. Die Grazer Stadtregierung stemmt sich mit aller Kraft dagegen, doch wichtige Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung lassen auf sich warten. Ein Gespräch mit der Grazer Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

Die Inflation ist so hoch wie seit über 40 Jahren nicht. Jeder dritte Haushalt kommt mit dem Einkommen nicht mehr über die Runden. Was kann man dagegen tun?

Elke Kahr: Die Anzahl der Beratungen bei uns hat sich vervielfacht. Nicht nur private Haushalte sind betroffen, sondern auch immer mehr Betriebe. Viele, die bislang finanziell stabil waren, kommen jetzt in große Schwierigkeiten. Wir versuchen in Graz gegenzusteuern, können auch konkret helfen, aber substanziell müssen die Bundes- und die Landesregierung eingreifen, um eine soziale Krise abzuwenden.

Das Wohnen ist ja einer der Hauptpreistreiber. Wie kann man da noch gegensteuern?

In den Gemeindewohnungen, die sich im Besitz der Stadt Graz befinden, haben wir bei den Erhöhungen der Richtwertmieten nicht mitgemacht. Bei den insgesamt fast 12.000 Wohnungen, für die die Stadt Graz verantwortlich ist, gilt die Mietzinszahlung. Dadurch wird gewährleistet, dass niemand mehr als ein Drittel des Einkommens für Mieten, Betriebskosten und seit heuer auch die gesamten Heizkosten ausgeben muss.

Die Einmalzahlungen der Bundesregierung schaffen zwar kurzfristig Abhilfe, aber lösen das grundlegende Problem



Die Grazer KPÖ-Obfrau Elke Kahr geht als Bürgermeisterin gegen Teuerungen vor – und ist davon überzeugt, dass Druck von unten die Bundesregierung zum Einlenken bringen kann.

nicht. Schottland hingegen zeigt zum Beispiel, wie es geht: Dort ist es verboten, die Mieten anzuheben. Auch Delogierungen sind dort untersagt.

Der zweite große Brocken, der den Menschen zusetzt, sind die hohen Energiepreise. Wie konkret geht die Stadt Graz hier vor?

Elke Kahr: In Graz haben wir die Erhöhung der Kanal- und Müllgebühren ausgesetzt, um die Betriebskosten nicht explodieren zu lassen. Als Sozialstadträtin habe ich mit dem Sozialamt und der Energie Graz den Härtefallfonds aufgestockt und breiter zugänglich gemacht. Die Energie wird in der kalten Jahreszeit keine Strom- und Heizungsabschaltungen machen.

Aber man muss betonen: Städte und Gemeinden alleine

können nicht alles auffangen. Ihre Budgets sind chronisch überlastet.

Die Bundesregierung hat es in der Hand: Sie kann einen Stopp von Delogierungen beschließen. Auch ein Deckel bei Mieten und Energiepreisen ist nicht nur dringend nötig, sondern auch möglich, eine amtliche Preisregelung bei lebensnotwendigen Gütern ebenso. Dafür gehen wir am 14. Oktober gemeinsam auf die Straße. Ich bin der festen Überzeugung, dass Druck von unten, wenn er stark genug ist, die Bundesregierung zum Einlenken bringt.

Wie soll eine amtliche Preisregelung funktionieren?

Elke Kahr: Bei den FFP2-Masken wurde genau das gemacht. Sie wären sonst um ein Vielfa-

ches teurer. Es ist in Österreich geltendes Recht, dass „volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise bestimmt werden“ können, wenn es bei Gütern des täglichen Bedarfs zu einer Störung der Versorgung kommt.

Was raten Sie den Menschen, die merken, dass sie nicht mehr über die Runden kommen?

Elke Kahr: Das wichtigste ist: Nicht genieren, nicht den Kopf in den Sand stecken, nicht die Nerven wegschmeißen – sondern Hilfe holen. Unser Sozialamt der Stadt Graz weitet Hilfen aus und bietet seit kurzem auch eine telefonische Erstberatung unter 0316 872-6344 an. Wer in Notlagen gerät, findet auch im Bürgermeisterinnenamt und den KPÖ-Stadtratsbüros ein offenes Ohr.

FOTO: KPÖ



KPÖ-Kritik an Landesregierung

Wohnunterstützung 11 Jahre nicht angepasst

Die Inflation frisst die Wohnunterstützung weg, die seit elf Jahren nicht erhöht wurde – und die Landesregierung sieht zu.

Angesichts der explodierenden Wohnkosten „ist es ein Skandal, dass die Landesregierung es nach mehr als einem Jahrzehnt nicht für notwendig erachtet, die Wohnunterstützung anzupassen“, kritisiert KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** im Landtag. Die steirische Wohnunterstützung soll eigentlich dazu beitragen, den Zugang zu Wohnraum für alle Menschen in der Steiermark möglich zu machen. Sie kann diese Funktion jedoch nicht mehr erfüllen. Klimt Weithaler: „Die Teuerung beim Wohnen frisst die Beihilfe einfach weg. Eine deutliche Anhebung der Wohnunterstützung ist überfällig! Doch Soziallandesrätin Kampus nutzt nicht einmal den gesetzlichen Rahmen aus.“

Wohnkosten gehören zu den Haupt-Preistreibern. Dennoch hat die steirische Landesregierung seit elf Jahren die Wohnunterstützung nicht mehr erhöht. Seit 2011 wurde die maximale Förderung für einen Ein-Personen-Haushalt in der Höhe von

143 Euro nicht angehoben. Bei Mehr-Personen-Haushalten liegt der maximale Förderbetrag heute sogar unter jenem von 2011. Damals gab es noch die Wohnbeihilfe.

Mit Einführung der Wohnunterstützung wurden nicht nur viele Menschen, zum Beispiel zahlreiche Studierende, vom Bezug ausgeschlossen, auch der Förderbetrag wurde nie erhöht, verringerte sich in manchen Bereichen sogar im Vergleich zur Wohnbeihilfe.

Wohnkosten explodieren

Um ganze 32 Prozent sind die Wohnkosten laut Statistik Austria seit 2011 österreichweit gestiegen. Bei den Mieten bei Neuvermietungen stiegen die Kosten in den letzten zehn Jahren sogar um 40 Prozent. Dabei ist die rasante Teuerung des heurigen Jahres jedoch noch gar nicht mitberücksichtigt, etwa die Erhöhung der Richtwertmieten. In Ballungszentren wie Graz, wo rund ein Viertel der steirischen Bevölkerung lebt, sind die Wohnkosten weit über dem Österreichschnitt gestiegen. Dagegen soll bei der Demonstration am 14. Oktober in Graz ein deutliches Zeichen gesetzt werden.



Mit dem Telegram-Newsletter bekommen Sie alle Neuigkeiten der Grazer KPÖ und jeden Freitag alle wichtigen Infos der Woche unkompliziert auf Ihr Smartphone. Also: gleich abonnieren: t.me/kpoe_graz

TEUERUNG – WELCHE HILFEN GIBT ES?

FAMILIENBEIHLIFE

Wer: alle Bezieher:innen von Familienbeihilfe
Wieviel: einmalige Sonderzahlung von **180 Euro**
Wann: ist bereits im **August 2022** erfolgt

FAMILIENBONUS

Wer: alle Bezieher:innen von Familienbeihilfe
Wieviel: Erhöhung von 1.750 Euro auf **2000 Euro** jährlich für Kinder bis zum 18. Geburtstag und Erhöhung von 575 Euro auf **600 Euro** jährlich für Studierende bis zum vollendeten 24. Lebensjahr
Wann: **automatisch** über die **Lohnverrechnung** oder sonst über die **Arbeitnehmer:innenveranlagung 2023**

STEIERSMARKBONUS

Wer: alle Haushalte, die im Mai 2022 Wohnunterstützung bezogen haben sowie alle Haushalte, die im Winter 2021/2022 Heizkostenzuschuss bezogen haben.
Wieviel: **300 Euro** pro Haushalt
Wann: Auszahlung im Juli gestartet, bis **September 2022**

EINMALZAHLUNG bei kleineren und mittleren Pensionen:

Wer: Bezieher:innen von Pensionen zwischen 1.030,49 und 2.250 Euro brutto
Wieviel: bis zu höchstens **500 Euro**
Wann: erfolgt im **September 2022**

TEUERUNGS-AUSGLEICH

Wer: Bezieher:innen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialunterstützung, Ausgleichszulage, Reha- und Krankengeld über einen längeren Zeitraum, Umschulungsgeld, Übergangsgeld, Wiedereingliederungsgeld, Hilfe zur Deckung des Lebensunterhalts
Wieviel: **300 Euro**
Wann: erfolgt im **September 2022**

KLIMA-UND TEUERUNGSBONUS (SEPTEMBER 2022)

Alle volljährigen Personen mit Hauptwohnsitz 2022 in Österreich für mindestens 6 Monate erhalten den **Klimabonus**
Wieviel: **250 Euro**
Alle volljährigen Personen mit Hauptwohnsitz 2022 in Österreich für mindestens 6 Monate erhalten den **Teuerungsbonus**
Wieviel: **250 Euro**
Jedes Kind mit Hauptwohnsitz in Österreich erhält zusätzlich **250 Euro**

ENERGIEKOSTENAUSGLEICH

Was: **150 Euro** Gutschein für Ihren Energielieferanten.
Wie: Formulare/Gutscheine wurden im Mai an alle Haushalte geschickt. Rücksendung bis 31. Oktober 2022. Falls der Gutschein in der Post verloren gegangen ist, kann er unter oesterreich.gv.at bzw. Tel. 050 233 798 neu angefordert werden. Sie brauchen Ihre Kundennummer bei Ihrem Stromanbieter. Gutschrift erfolgt bei der nächsten **Jahres- oder Schlussabrechnung**.

Unabhängig vom Antiteuerungspaket gibt es beim Sozialamt der Stadt Graz einen **Energie-Härtefallfonds**, Unterstützung für den Ankauf energieeffizienter Geräte sowie Soforthilfe im Fall von Rückständen bei Strom-, Fernwärme- oder Gasrechnung. Diese Leistungen können nur von Kund:innen der Energie Graz bis zu einem Höchstbetrag von **400 Euro** pro Jahr in Anspruch genommen werden. Auskünfte und Antragstellung beim **Sozialamt** der Stadt Graz unter **0316 / 872-6344** bzw. sozialberatung@stadt.graz.at

Energiespartipps für das ganze Jahr

Nützliche Ratschläge, wie es im Alltag – das ganze Jahr über – gelingt, Energie und damit Kosten zu sparen, bietet eine neue Broschüre des Grazer Stadtblatts.



In der kostenlosen Broschüre finden sich einfach zu setzende Maßnahmen, welche die Folgen der hohen Energiepreise deutlich abmildern können, einen Beitrag zur Sicherung der Versorgungssicherheit für Energie leisten und mit dem Vorurteil aufräumen „Klimaschutz ist nur etwas für Reiche“.

BESTELLUNGEN AN
klub.kpoe@stadt.graz.at oder
0316 872-2151

Park in Lend wird nach Anna Čadia benannt

Der vor zwei Jahren errichtete kleine Park zwischen Dreierschützengasse und Alter Poststraße ist eine Oase der Ruhe inmitten der umliegenden Wohnhäuser. Dieser Park wird nun nach der Sozialarbeiterin und antifaschistischen Widerstandskämpferin **Anna Čadia** benannt. Wegen ihres Widerstandes gegen den NS-Faschismus und ihrer Zugehörigkeit zur KPÖ wurde Čadia 1941



verhaftet und ins Konzentrationslager Ravensbrück deportiert. In ihrer Gefangenschaft rettete sie einige Leidensgefährten vor dem Tod. Als sie mit rund 10.000 anderen Lagerinsass:innen 1945 auf einen Todesmarsch gezwungen wurde, gelang Čadia die Flucht. Nach der Befreiung Österreichs wurde sie 1945 Leiterin des Kinderheimes Pestalozzi und später Fürsorgerin im Jugendamt Graz.

PFLEGEPROTEST

IN DER PFLEGE BRENNT DER HUT!

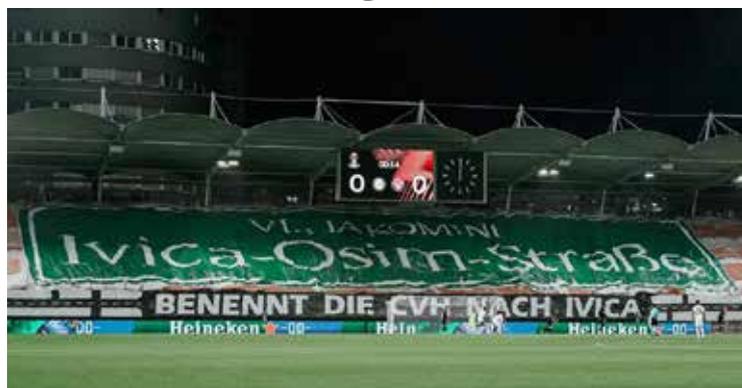
Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Dafür wollen wir faire Arbeitsbedingungen und endlich entsprechend entlohnt werden! Machen wir Pflegearbeit gemeinsam sicht- und hörbar!

Vor der nächsten Landtagssitzung machen wir vor dem Landtag Steiermark (Herrengasse 16) auf unsere Anliegen aufmerksam:

- Deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze gegen den Personalnotstand!
- Bessere Bezahlung und mehr Freizeit für das Pflegepersonal!
- Anhebung des Pflege-Schlüssels!
- Höhere finanzielle Unterstützung für alle in Pflege-Ausbildungen!

Am Dienstag, den 18. Oktober, von 9 bis 9:45 Uhr
In der Herrengasse, vor dem Landhaus

Graz würdigt Ivica Osim



Auch in der Fankurve des SK Sturm wurde immer wieder der Wunsch nach einer Würdigung Ivica Osims gefordert. Die neue Grazer Stadtregierung nahm diesen Ball auf.

FOTO: FB.COM/SKSTURM

Am 1. Mai verstarb Ivica Osim, der Jahrhunderttrainer des SK Sturm Graz. Nun möchte die Stadt in würdiger Form auch im Straßenbild an den großen Humanisten erinnern. „Osim hat Respekt und Zusammenhalt eingefordert und auch selbst gelebt. Er ist dadurch zu einem Vorbild geworden, weit über den Fußball hinaus“, betont Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

Zusammen mit Vizebürgermeisterin **Judith Schwentner**, Klubobmann **Michael Ehmann** und Sturm-Präsident **Christian Jauk** hat Kahr in der Merkur Arena die Überlegungen präsentiert, Osims Andenken in einer

würdevollen Form zu wahren. Zeitnah soll die Umbenennung des Stadion-Vorplatzes in Ivica-Osim-Platz erfolgen. Den Ort soll auf Initiative des SK Sturm eine Büste Osims mit dem bekannten Zitat „Kampf der Kulturen? Normalerweise kämpfen Kulturen nicht. Deshalb sind sie ja Kulturen. Weil sie keine Kriege führen“ zieren.

Später soll der südliche Teil der Conrad-von-Hötzendorf-Straße ab der Kreuzung Fröhlichgasse bis zum Bertha-von-Suttner-Platz nach Osim benannt werden. Dafür wird es einen Beteiligungsprozess mit Anwohner:innen und dort ansässigen Gewerbetreibenden geben.

Transparente Sportförderungen

Bei Sportvereinen herrscht oft Unsicherheit über die Vergabekriterien von Förderungen beziehungsweise Subventionen der Stadt Graz. Manche fühlen sich auch ungerecht behandelt. KPÖ-Sportsprecher **Horst Alič** vermutet, dass ein solch subjektiver Eindruck dadurch entstehen könnte, dass nicht alle über das Prozedere der Beantragung beziehungsweise die unterschiedlichen Möglichkeiten der Unterstützung Bescheid wissen, die es vom Sportamt der Stadt



Graz, sowie durch das Sportamt vermittelt, vom Land Steiermark gibt. Im Gemeinderat hat er dazu bei Sportstadtrat **Kurt Hohensinner** (ÖVP) Informationen eingeholt.

„Es freut mich, dass die Fördervergabe in Graz sehr transparent abläuft und offensichtlich alle Vereine, die dieselben Voraussetzungen mitbringen, auch gleich gefördert werden. Eine Botschaft die ich gerne nach draußen zu den Funktionär:innen tragen werde“, sagt Alič.

Lücke im Baugesetz soll geschlossen werden

Im Steiermärkischen Baugesetz ist vorgesehen, dass Baubewilligungen erlöschen, wenn mit dem Vorhaben nicht innerhalb von fünf Jahren nach Baubewilligung begonnen wird. „Diese Bestimmung wird systematisch umgangen, um mit bewilligten Bauvorhaben Spekulationen zu betreiben“, kritisiert KPÖ-Planungssprecherin **Christine Braunersreuther**.

Häufig wird vorerst mit der Bauführung begonnen, diese aber dann für geraume Zeit nicht weiter fortgeführt. Der Bauherr hat dann, dank der unzureichenden Bestimmungen des Baugesetzes, unbeschränkt Zeit, auf den für ihn günstigsten Zeitpunkt für die Fertigstellung zu warten. „Unrühmliche Beispiele sind etwa das Kastner-Dach oder der sogenannte A2Z-Tower an der Liebenauer Tangente, der bis auf Ausnahme einer Tiefgarage noch nicht gebaut worden ist“, führt Braunersreuther aus.

Andere Bundesländer wie Ober- und Niederösterreich haben dieses Problem bereits erkannt und ihm mit einschlägigen Regelungen im Baugesetz einen Riegel vorgeschoben.

Im Grazer Gemeinderat fordert Christine Braunersreuther darum eine Novelle des Steiermärkischen Baugesetzes von der Landesregierung ein, die den Zeitraum von Erstellung bis Verfall einer rechtskräftigen Baubewilligung auf drei Jahre reduziert und dazu entsprechende Ausnahmeregelungen definiert.

„Darüber hinaus soll ein mit fünf Jahren eindeutig bestimmter Zeitraum für die Fertigstellung eines Bauwerks definiert werden“, sagt Christine Braunersreuther. Auch Kriterien, die die sogenannte Fertigstellung inklusive Nachfristen bis hin zum Verfall der Baubewilligung abbilden, sollen in das Gesetz aufgenommen werden.



FOTO: VIOREL VAŞADI/PIKABAY

Die vergangenen Winter haben leider immer deutlicher gezeigt, dass mit Beginn der Verkaufssaison für Christbäume am 10. Dezember das Fahren oder Gehen entlang der Verkaufsstellen oft stark behindert wird.

Am Stadtpark oder am Marburger Kai werden die Christbäume oft so nahe oder zum Teil sogar auf den Geh- und Radwegen platziert, dass sich Kund:innen, Fußgänger:innen und Radler:innen oft in die Quere kommen. Dabei entstehen

nicht nur brenzlige, sondern auch gefährliche Situationen.

„Gerade in der Zeit vor Weihnachten wäre es wichtig, vermeidbare Konfliktsituationen gar nicht erst entstehen zu lassen“, so KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther**. Sie regte daher in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag an, die Marktordnung dahingehend zu ändern, dass an den Standorten für den Christbaumverkauf ein Mindestabstand von einem Meter zu Fuß- und Fahrradwegen einzuhalten ist.

SO KANN MAN TIERFUTTER ABHOLEN

Der **Lennymarkt**, eine überparteiliche Initiative, stellt kostenloses Tierfutter für Haustierbesitzer:innen mit geringem Einkommen zur Verfügung.



DIE NÄCHSTEN TERMINE:

Freitag, 7. Oktober, 14–18 Uhr

Freitag, 28. Oktober, 14–18 Uhr

Die Ausgabe findet im Volkshaus in der Lagergasse 98a statt. Bitte bringen Sie eine Bestätigung mit, dass sie entweder die SocialCard der Stadt Graz haben oder eine der folgenden Leistungen beziehen: Studienbeihilfe, Arbeitslosengeld, Mindestsicherung, Notstandshilfe oder Wohnunterstützung.

Selbstvertreter:innen: Politik soll sich der Diskussion stellen!

Im Juli fand in Graz die „Inklusionswoche“ statt. Zahlreiche größere und kleinere Veranstaltungen boten teilweise gute Möglichkeiten des Kennenlernens und wurden auch gut angenommen. Einen direkten Austausch mit Verantwortlichen aus der Politik haben Behinderten-Selbstvertreter:innen aber vermisst. Dabei hätte es gerade in der Inklusionswoche genug zu besprechen gegeben: Das schleppende Vorankommen der Inklusion in beinahe allen gesellschaftlichen Bereichen, die mangelnde Umsetzung der 2006 von Österreich ratifizierten Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen oder den Rückschritt im Zuge des 2022 vorgestellten „Nationalen Aktionsplanes für Menschen mit Behinderung“, welcher vom Österreichischen Behindertenrat zurecht als „Rückschritt in vielen Bereichen“ bezeichnet wurde.

Abgesehen von einem kleinen Stammtisch in einem Gasthaus und einem so genannten „Business Talk“ hatten die Menschen mit Behinderung aber keinerlei Chance, ihren berechtigten

Unmut den Entscheidungsträger:innen öffentlich mitzuteilen.

„Fototerminaleine werden dauerhaft keine Lösung bieten. Die Enttäuschung aller

Selbstvertreter:innen, ob dieser vergebenen Möglichkeit ist daher nachvollziehbar“, sagt KPÖ Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**. Im Gemeinderat machte er

das zum Thema und bekam vom zuständigen ÖVP Stadtrat **Kurt Hohensinner** die Zusage, dieses Versäumnis im nächsten Jahr nachzuholen.



DISKUSSIONSABEND

DIE PFLEGE SPRICHT

Die Fragen stellt: Die Pflege!
30x Klartext in 60 Minuten
Diskussion mit Poetry Slam
Podiumsteilnehmer:innen:

- Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ-Klubobfrau im Landtag)
- Alexander Grätzer (Arbeiterkammer Steiermark)
- Marianne Raiger (ÖGKV)
- Wolfgang Schwab (Arbeitskreis Gesundheit und Pflege)
- Gertrud Krug (Caritas Steiermark)

Am Freitag, den 21. Oktober um 18 Uhr

Im Volkshaus, Lagergasse 98a

Graz hat sich verändert



Es war ein Wahlergebnis, das so niemand erwartet hatte. Die KPÖ wurde überraschend zu stärksten der Parteien in Graz. Noch am Wahlabend kamen viele Grazerinnen und Grazer ins Volkshaus, um mit Elke Kahr zu feiern.

FOTO:KPÖ

Vor einem Jahr, am 26. September 2021, machten die Grazerinnen und Grazer die KPÖ zur stärksten Kraft im Gemeinderat.

Zusammen mit den Grünen und der SPÖ ist gelungen, eine Koalition zu formen, die Graz freundlicher, sozialer, ökologischer und demokratischer macht.

Nicht Inszenierungen, Events und Prestigeprojekte standen im Mittelpunkt, sondern „die Sorgen und Probleme der Menschen“, betont KPÖ-Klubobfrau Christine Braunersreuther. „Trotz des hinterlassenen Budgetlochs, das größer als erwartet war, und der Krise, in der sich Europa nach dem völkerrechtswidrigen Überfall Putins auf die Ukraine befindet, konnte schon einiges, das der Mehrheit der Menschen nutzt, auf den Weg gebracht werden – im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten, die Gemeinden haben“, so Braunersreuther.

In ihrer Antrittsrede am 17. November erklärte Elke Kahr: „Wenn jemand fragt, was jetzt in Graz anders wird, dann ist meine Antwort: Unser Blick auf viele Fragen wird nicht ein Blick von oben sein, sondern

auch ein Blick von unten. Wer mächtig ist, braucht keine Hilfe, das brauchen andere, die nicht im Rampenlicht stehen.“

Versprochen – gehalten

Vom Aussetzen der Mieterhöhungen bei Gemeindewohnungen und dem gleichbleibenden Preis der Jahreskarte Graz, über die Ausweitung und Verbesserung der SozialCard und sozialere Bäderpreise, dem Erhalt von Grünraum, dem verantwortungsvolleren Umgang bei der Stadtplanung und mehr Personal für die Kinderbetreuung bis hin zum Ende von Postenschacher, der Kürzung der Klubförderung der Rathausparteien und dem Abstellen von Selbstbeweihräucherung der Politik spannt sich der Bogen.

„Klar ist aber auch, dass die Zeiten für viele Grazerinnen und Grazer härter werden. Die Krise trifft längst viele, die sich bislang keine Sorgen gemacht haben. Wir werden weiterhin mit aller Kraft daran arbeiten, dass Soziales nicht untergeht“, betont Kahr. „Der Blick von unten ist weiterhin nötig.“

Was bislang in Graz an Veränderung gelungen ist, finden Sie unter: www.kpoe-graz.at/versprochen-gehalten.

Notlösung für die Elementarpädagogik



In der Bildung und Betreuung der Kinder geben die Mitarbeiter:innen alles – auch wenn sie am Limit sind.

FOTO: TOLMACHO, PIXABAY

Unter dem Motto „Die Kinderbetreuung in der Steiermark bricht zusammen!“ sind Mitte September hunderte Menschen in Graz auf die Straße gegangen, um für einen Ausbau der Kinderbetreuung und -bildung in der Steiermark zu demonstrieren.

Dass die Lage äußerst brenzlich ist, haben nach langem Zögern nun auch die Verantwortlichen in den ÖVP-geführten Ressorts in Stadt und Land erkannt. Im Gemeinderat ist ein Fördermodell für die Kinderbildung und -betreuung beschlossen worden, das mehr Nachmittagsbetreuung für die am städtischen Tarifmodell teilnehmenden Betreiber im Betreuungsjahr 2022/23 gewährleisten soll.

„Diese Notlösung ist eine besorgniserregende Herunternivellierung, im Moment aber leider notwendig – wir müssen nun die jahrelangen Verfehlungen der Politik ausbaden. Das sind wir den betroffenen Eltern schuldig“, sagt KPÖ-Bildungssprecherin **Mina Naghibi**, selbst Elementarpädagogin (kleines Foto). „Bei Betreuer:innen, Freizeitpädagog:innen und allen, die ohne abgeschlossene Ausbildung jetzt in den Einrichtungen arbeiten, ist ebenfalls Feuer am

Dach. Darum darf diese Förderung nur eine temporäre Überbrückung der akuten Notsituation sein, aber keinesfalls zu einer dauerhaften Ausgliederung der Nachmittagsbetreuung führen“, so Naghibi.

Gemeinsam mit Bürgermeisterin **Elke Kahr** hat sich ÖVP-Bildungsstadtrat **Kurt Hohensinner** auch dazu verpflichtet, einen Kinderbildungs- und Betreuungsgipfel einzuberufen, um mit den Mitgliedern der Stadtregierung, den Bildungssprecher:innen aller Fraktionen und Expert:innen der Fachabteilungen die Situation zu analysieren und an einer nachhaltigen Lösung zu arbeiten.

„Je besser unser gemeinsamer Wissensstand über die Lage ist, umso schneller können wir eine Lösung für die Grazer Eltern, Kinder und pädagogischen Bediensteten finden“, sagt Naghibi.

IMPRESSUM

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus.

Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Geht's der Pflege gut, geht's uns allen gut!

**Wir fordern von der
steirischen Landesregierung
Maßnahmen gegen
die Pflegekrise.**

Ausgebrannte Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, leerstehende Betten durch Personalmangel, fehlende Ausbildungsplätze: Die Corona-Pandemie hat die Pflege-Krise in der Steiermark dramatisch verschärft. Dass es dringend Lösungen braucht, wissen die Verantwortlichen in Landes- und Bundesregierung seit vielen Jahren – es fehlt jedoch an entschlossenen Taten!

Unsere Gesundheit und Pflege sind für uns als Bürger:innen, Pflegekräfte sowie Patient:innen von entscheidender Bedeutung. Darum fordern wir mit unserer Unterschrift die steirische Landesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. **Aufstockung der Ausbildungsplätze für Pflegeberufe.**
2. **Verbesserung des Personalschlüssels in Spitälern und Pflegeheimen, für gute Arbeitsbedingungen und höhere Betreuungsqualität.**
3. **Finanzielle Absicherung für Personen in Pflegeausbildung, ähnlich der Polizeiausbildung.**
4. **Höhere Entlohnung für Pflegekräfte.**
5. **Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 35-Stunden-Woche in der Pflege.**

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtgesetz.

LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
LFd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Ausgefüllte Listen bitte per Post oder persönlich an: KPÖ Steiermark, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz oder im KPÖ-Gemeinderatsklub im Grazer Rathaus abgeben. **Danke für Ihre Unterstützung!**

Telefon **0316/71 24 79** | Website **gute-pflege.at** | Facebook **fb.com/KPSteiermark** | Mail **pflege@kpoe-steiermark.at**



**PREISE RUNTER,
LÖHNE RAUF!**

**DEMONSTRATION
FÜR EIN LEISTBARES LEBEN!**

**Freitag, 14. Oktober
16 Uhr ★ Hauptbahnhof**